

ECONWATCH

ECONWATCH

ECONWATCH
Politik verstehen – verantwortlich handeln

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Politikberatung
Gründungsdatum	2007
Hauptsitz	Poststraße 12, 10178 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.econwatch.org

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	1
2 Organisationsstruktur und Personal	2
2.1 Vorstand	2
2.2 Präsidium	2
2.3 Kuratorium	3
3 Finanzen	3
4 Lobbystrategien und Einfluss	3
5 Kritik	3
5.1 Mitglieder aus neoliberalen Netzwerken	3
5.2 Mainstream der Ökonomik und Neoliberalismus	4
5.3 Einseitige Lobbyismuskritik von ECONWATCH	4
6 Weiterführende Informationen	4
7 Einzelnachweise	4

Kurzdarstellung und Geschichte

ECONWATCH - Gesellschaft für Politikanalyse e.V. wurde 2003 als informeller Gesprächskreis für Politikberatung mit dem Ziel gegründet, Akteure, die professionell in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft tätig sind, zu kompetenten, aufgeschlossenen und somit nicht parteipolitisch geprägten Gesprächen zusammenzubringen. Der eingetragene Verein wurde 2007 gegründet. Mit Veröffentlichungen und Veranstaltungen sollen Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit besser informiert werden.^[1] Dabei kooperiert ECONWATCH mit der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) über ein Projekt: das gemeinsame Videoformat [Wirtschaftspolitik verstehen](#).^[2]

Inhaltlich orientiert sich die Gesellschaft am Mainstream der bundesdeutschen Volkswirtschaftslehre, wobei sich die Frage stellt, ob durch die Nähe der neoklassischen Ökonomik zum [Neoliberalismus](#) eine politische Orientierung entsteht. Die ursprüngliche Bezeichnung der Gesellschaft lautete: Hayek- Kreis Gesellschaft für Politikberatung e.V. ^[3] Der Bezug auf [Friedrich August von Hayek](#) erfolgte nach Angaben von ECONWATCH nicht auf dessen Neoliberalismus, sondern auf dessen intellektuellen Austausch und das Einbringen ökonomischer Ideen in die Gesellschaft. ^[4]

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

- Tobias Thomas (Vorsitzender), Leiter des Referats für Europäische Wirtschaftspolitik beim [Deutscher Industrie- und Handelskammertag](#) und Research Affiliate am [Düsseldorf Institute for Competition Economics](#) (DICE)
- Susanne Cassell (Stellv. Vorsitzende), Leiterin des Referats Koordinierungsfragen Energiewende im [Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie](#)
- Babette Hagemann, Beauftragte des Forschungsschwerpunkts "Märkte und Politik" am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB)

Präsidium

- [Justus Haucap](#) (Präsident), Mitglied der [Monopolkommission](#), Direktor des [Düsseldorf Institute for Competition Economics](#) (DICE), Mitglied des "Kronberger Kreises" der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Autor des ÖkonomenBlog der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) ^[5]
- Stefan Albert Dürr (Vizepräsident), Architekt, Handelsrichter beim Landgericht Berlin
- Martin E. Maisch (Schatzmeister), tätig für eine internationale Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Quelle: ^[6]

Kuratorium

- **Lars P. Feld**, Leiter des [Walter Eucken Institut](#), Mitglied des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung \(SVR\)](#), Sprecher der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied des Wiss. Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- **Matthias Benz**, Wirtschaftsjournalist bei der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ), moderiert Veranstaltungen des [Forum Freiheit](#), das von der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) und anderen neoliberalen Netzwerken veranstaltet wird
- **Hubertus Gersdorf**, Inhaber der Gerd Bucerius-Stiftungsprofessur für Kommunikationsrecht und Öffentliches Recht an der Uni Rostock, Mitglied des Beirats der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), Unabhängiger Experte in der [FDP-Kommission für Internet und Medien](#)
- **Kai A. Konrad**, Geschäftsführender Direktor am Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen und Forschungsprofessor am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), Vorsitzender des [Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von [Bruegel](#)
- **Philipp Pickert**, Wirtschaftsjournalist bei der FAZ, erhielt 2009 den Ludwig-Erhard-Förderpreis für Wirtschaftspublizistik der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- **Andrea Römmele**, Professorin für Communication in Politics and Civil Society an der [Hertie School of Governance](#) in Berlin

Quelle: ^[7]

Finanzen

Der Verein finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden.^[8] Eine genaue Übersicht und Darstellung ist auf der [Webseite des Vereins](#) zu finden.

Lobbystrategien und Einfluss

ECONWATCH wird von traditionellen Vereinigung der deutschen Volkswirte, dem Verein für Socialpolitik, anerkannt. Der Verein kooperiert mit ECONWATCH. Durch seine Mitglieder und Kooperationen besitzt ECONWATCH Reputation und ihre Empfehlungen für Politik- und Wirtschaftspolitik haben somit Eingang in politische Debatten.

Kritik

Mitglieder aus neoliberalen Netzwerken

Zahlreiche Mitglieder von ECONWATCH gehören zu neoliberalen Netzwerken wie [Lars P. Feld](#), der Leiter des [Walter Eucken Institut](#), Sprecher der [Stiftung Marktwirtschaft](#) und Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) ist.

Mainstream der Ökonomik und Neoliberalismus

Die gesellschaftliche Vermittlung von wirtschaftspolitischen Empfehlungen des Mainstreams der heutigen Volkswirtschaftslehre kann als einseitige Darstellung des ökonomischen Wissens kritisiert werden. Heutige Theorien wie neoklassische Modellökonomik, Monetarismus oder Neukeynesianismus haben eine mehr oder weniger starke Nähe zum **Neoliberalismus**. Der Mainstream der Wirtschaftswissenschaften grenzt zahlreiche marktkritische Strömungen wie Postkeynesianismus, Radikale Ökonomik, Kritische Institutionenökonomik oder Ökologische Ökonomik aus. ECONWATCH präsentiert nur den einseitigen Mainstream der heutigen Volkswirtschaftslehre.

Einseitige Lobbyismuskritik von ECONWATCH

In einem Policy Brief zu Partikularinteressen vom 19.12.2010 positioniert sich ECONWATCH kritisch zu Lobbyismus. "Strukturreformen zu Gunsten der Allgemeinheit sind politisch schwer durchsetzbar, da es mit Interessengruppen oder den unterschiedlichen Gebietskörperschaften sehr viele „Vetospieler“ gibt. Für Politiker ist es attraktiv, die eigenen Wahlchancen durch Subventions- und Transfervergabe an einzelne Bürger- oder Unternehmergruppen zu erhöhen. Die Sonderbehandlungen einzelner Gruppen werden dabei durch die Bürger als Steuerzahler insgesamt finanziert. Mehr politische Selbstbindungen durch starke Regeln wie die Schuldenbremse kann Politikern die Möglichkeit geben, Partikularinteressen zu widerstehen."^[9] Diese Lobbyismuskritik beruht auf Erkenntnissen der Public Choice-Theorie, welche Kategorien wie Machtungleichgewichte, Manipulation oder Elitennetze kaum berücksichtigt.

Weiterführende Informationen

Einzelnachweise

1. ↑ [Webseite ECONWATCH - Über Uns](#) abgerufen am 08.06.2012
2. ↑ [INSM-Blog zum Start der gemeinsamen Reihe](#) abgerufen am 22.07.2013
3. ↑ [Webseite ECONWATCH - Historie](#) abgerufen am 22.07.2013
4. ↑ [Recherchegespräch mit ECONWATCH im August 2013](#)
5. ↑ [ÖkonomenBlog.autor Justus Haucap wird Direktor des DICE insm-tagebuch](#), Website insm-tagebuch, abgerufen am 26.4.2012
6. ↑ [Webseite ECONWATCH - Organisation](#) abgerufen am 08.06.2012
7. ↑ [Webseite ECONWATCH - Kuratorium](#) abgerufen am 08.06.2012
8. ↑ [Webseite ECONWATCH - wie wir uns finanzieren](#) abgerufen am 27.08.2013
9. ↑ [ECONWATCH-Policy Brief Partikularinteressen](#) abgerufen am 27.08.2013